

Unser Fachbeiratsmitglied Prof. Dr. Helmut Alt ist verstorben

geschrieben von Admin | 23. Januar 2024

Klaus Ridder (Dipl.-Ing.) und Michael Limburg

Prof.Dr.-Ing.Helmut Alt, eine der führenden deutschen Experten in Sachen Energie und Umwelt, ist im Alter von 82 Jahren in Aachen verstorben.

Alt kämpfte bis ins hohe Alter gegen die politisch gewollte Energiewende mit Fakten und nicht mit irgendwelchen Thesen, die zum Mainstream passten

Was er sagte und auch schrieb, das konnte er auch belegen. Dabei kam ihm seine Ausbildung, angefangen mit einer Elektromechaniker Lehre (1955-1960) und das Studium für Allgemeine Elektrotechnik an der Fachhochschule (1960-1963) Aachen zugute. Das Studieren setzte er fort mit einem Studium für Elektro und Reaktortechnik an der Technischen Hochschule (RWTH) Aachen (1965-1969)

Alt war von 1975 bis 2006 bei RWE/BV Düren zunächst als Ingenieur und später als Hauptabteilungsleiter für Verträge und Tarife, Netzplanung und Sonderaufgaben beschäftigt, daneben auch als ehrenamtlicher Richter in Aachen. 1993 wurde er durch die Ministerin für Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen zum Honorarprofessor an der Fachhochschule Aachen berufen. Bis zuletzt hielt er Vorlesungen in elektrischer Energietechnik und Energiewirtschaft

Alt war begeisterter Anhänger der Kernenergie und hat deren Nutzung in vielen Veröffentlichungen, wie z. B. auf den Websites verschiedener Organisationen, die sich für eine bezahlbare Energiepolitik einsetzen, veröffentlicht (Energie-Fakten.de; Bürger für Technik (BfT), Arbeitsgemeinschaft Energie und Umwelt – die Realisten(AGE+U). Er war außerdem Mitglied im Fachbeirat des Europäischen Institut für Klima und Energie (EIKE)

Alt wurde auch in der „Forschungsbörse“ genannt, über die Wissenschaftler von Schulen zum Dialog mit Schülern eingeladen werden können. Er hat mit Schülern über das Thema Energiewende gesprochen

2010 wurde Helmut Alt die Ehrenmitgliedschaft der Kerntechnischen Gesellschaft (KTG), einer der wichtigsten deutschen Organisationen pro Kernenergie , verliehen.

Zu diesem Anlass hielt er im November 2010 eine bemerkenswerte Rede, in der er die Geschichte der Kernkraft in Deutschland streifte und davor warnte, diese Technik aufzugeben. Er argumentierte gegen die erneuerbaren Energien und deren Subventionierung.

Er gab damals der Nutzung der Kernenergie einen religiösen Anstrich. Es sei der Wille Gottes gewesen, dass der Mensch diese Naturkraft nutze:

„Der Mensch ist hier dem Schöpfer auf die Spur gekommen – oder dieser ließ ihn darauf kommen – auf sein physikalisches Grundrezept, ebenso wie mit der Gentechnologie auf sein biologisches. (...) Ich kann mir nicht vorstellen, dass einem allwissenden und allmächtigen Gott eine so peinliche Panne unterlaufen sein könnte, Menschen geschaffen zu haben, die ihm aus dem Ruder laufen, die ihm seine schöne Welt zerstören und sich mit Aussicht auf Erfolg an seine Stelle setzen. Ich habe vielmehr die Zuversicht, dass ihm im Menschen ein Meisterstück gelungen ist „.

Diese Worte lösten bei vielen Menschen nicht nur Zustimmung aus.

Bei Veranstaltungen war sein Wissen gefragt, entweder als Referent oder auch als Diskussionsteilnehmer. So habe ich ihn immer mal wieder erlebt und war begeistert. Ein Mann, der für seine Ideen und für eine verlässliche Energiepolitik kämpfte – unabhängig von Politik und Wirtschaft. Er war dafür bekannt, dass er ‚kein Blatt vor den Mund nahm‘ und stritt sich auch gerne mal mit anderen Wissenschaftlern sowie Politikern rum. Dabei benutzte er verständliche ‚Info-Blätter‘ auf denen er kurz und bündig das jeweilige Thema darstellte. Diese ‚Blätter‘ waren sein Markenzeichen und wurden gerne verteilt.

Privat lebte Alt mit seiner Frau im Aachener Ortsteil Brand, südlich der Aachener City. Er hatte vier Töchter. Er beteiligte sich immer wieder mit regionalen Themen am Stadtgeschehen, unabhängig von seiner technischen Ausbildung. Alt engagierte sich auch im sozialen und kirchlichen Bereich

Die Menschen, die sich für eine bezahlbare und zuverlässige Energie einsetzen, darunter auch EIKE, haben einen wichtigen Mitstreiter verloren. Wir werden sein Andenken bewahren.

Rettet ISAR II!

geschrieben von Admin | 23. Januar 2024

Mit ISAR II wird bald nicht nur das letzte Kernkraftwerk zerstört, sondern auf lange Zeit auch die Rückkehr zu eigener Kernenergie. Wenn das letzte Kernkraftwerk fällt, fällt die ganze Nukleartechnologie, und der Fadenriss ist komplett. Wer wird zur Verantwortung gezogen, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass der Atom-Ausstieg ein gigantischer

Fehler war?

von Manfred Haferburg

Ich habe in meiner Berufslaufbahn als Sicherheitsexperte in mehr als 120 verschiedenen Kernkraftwerken weltweit gearbeitet. Das sind mehr als zwei Drittel aller existierenden Kernkraftwerke. Es gibt zwar 440 Reaktoren, jedoch sind sie oft in Mehrblockanlagen zu einem KKW zusammengefasst. Es waren ältere Anlagen, super gepflegt und in tadellosem Zustand dabei, es waren hochmoderne, teilweise noch im Bau befindliche Kraftwerke dabei, deren Konstruktion von den Ingenieuren so gut durchdacht war, dass man die Anlage geradezu als „schön“ bezeichnen konnte. Dazu gehören die Europäischen Druckwasserreaktoren (EPR) in Olkiluoto, Finnland und die zwei EPRs in Taishan, China. Das sind die sichersten und leistungsstärksten Anlagen der Welt.

Ich hatte auch im bayerischen Kernkraftwerk ISAR II zu tun. Ich erinnere mich, wie faszinierend „schön“ diese Anlage war. Dazu muss ich wohl erklären, dass für einen Ingenieur der Begriff Schönheit durchaus technischer Art sein kann und als hochgradig optimierte, funktional perfekte und tadellos instandgehaltene Technik gesehen wird. Isar II, von der Konstruktion her der etwas ältere Bruder des EPR, gehörte für mich zweifelsfrei zur besten Handvoll von Kernkraftwerken der Welt. Der 1988 erbaute Reaktor der Baureihe „Konvoi“ war mit 1.500 Megawatt der zweitstärkste Block der Welt und stand 95 Prozent des Jahres für die Stromerzeugung zur Verfügung. Zum Vergleich, ein normales Windrad hat drei Megawatt und steht 25 Prozent zur Verfügung. ISAR II wurde zur Ausregelung der schwankenden Erneuerbaren eingesetzt, auch wenn Grüne unermüdlich behaupten, dass dies nicht möglich sei. ISAR konnte seine Leistung um 700 Megawatt schnell hoch- und runterregeln, wenn der Netzbetreiber das brauchte.

40 Jahre alt war ISAR II in einem Zustand, den ich als „besser als neu“ bezeichnen möchte. Durch ständige Nachrüstung stets dem Stand der Technik angepasst und von der 350-köpfigen Mannschaft liebevoll instandgehalten und gepflegt, könnte das Kraftwerk weitere 30 bis 40 Jahre sicher und ökonomisch betrieben werden. Die Investition war bezahlt inklusive der Rückstellungen für Rückbau und Endlagerung des Brennstoffs, so dass das Kraftwerk Strom zu Kosten von ca. drei Cent/Kilowattstunde erzeugen konnte. So wurde das Kraftwerk ISAR II zehnmal Erzeugungsweltmeister. Dieses eine Kraftwerk erzeugte 15 Prozent des gesamten bayerischen Stroms – bis energiepolitische Geisterfahrer seine Abschaltung verfügten. Noch Mitte des Jahres 2023 hatte der Betreiber der deutschen Regierung einen Weiterbetrieb zu einem Feststrompreis von sechs Cent/kWh für die Industrie angeboten, was von der Ampelregierung brüsk abgelehnt wurde. Der ehemalige Umweltminister Trittin soll dazu gesagt haben, dass er sich doch nicht den Atomausstieg kaputt machen lassen würde.

Wie steht es heute um ISAR II?

Seit dem 15. April 2023 ist die Anlage stillgelegt und soll nun zerstört werden. Die Anlage verkörpert einen wirtschaftlichen Wert von mehreren Milliarden Euro, die jetzt – ähnlich wie im modernen Kohlekraftwerk Moorburg – einfach so weggeworfen werden sollen. Das ist so ein Wahnsinn, dass mir, wenn ich mit meinen Kollegen spreche, die Tränen kommen. Ich frage mich oft, ob denn die Politiker keine Angst haben, eines Tages für diese ungeheuerliche Sabotage zur Verantwortung gezogen zu werden.

Die Netztrennung des Werkes ist nun fast ein Jahr her. Die Brennstäbe sind aus dem Reaktor ausgeladen, und ein paar warten noch im Abklingbecken darauf, in Castoren gesetzt und ins Zwischenlager transportiert zu werden. Der Betreiber wartet noch auf die Rückbaugenehmigung, die wahrscheinlich im März dieses Jahres erteilt wird.

Mit Erteilung der Rückbaugenehmigung würde allerdings die Betriebsgenehmigung des Kraftwerkes erlöschen. Zerstört wurde bisher an der Technik noch nichts, es steht alles noch so da, wie es beim Betrieb war. Nur die Dekontamination des Primärkreislaufes läuft in diesen Wochen. Das bedeutet, dass mittels einer Spülung mit Säure und Lauge Ablagerungen entfernt werden – ungefähr so etwas, wie das Entkalken einer Kaffeemaschine. Genauso wenig wie die Kaffeemaschine hinterher kaputt sein sollte, wird der Primärkreislauf des KKW hinterher nicht kaputt sein. Für eine Wiederinbetriebnahme würde sich allerdings dadurch der Prüf- und Instandhaltungsaufwand erhöhen.

Was macht das Personal von ISAR II?

Das Kraftwerk bereitet sich seit Jahren personalmäßig auf den Rückbau vor. Schließlich erfolgt diese große personelle Veränderung im Einvernehmen mit den Betroffenen. Einige gehen in den Vorruhestand, andere wechseln das Metier innerhalb des Kraftwerks oder gehen in andere Industriezweige. Zum ersten April wird mit dem letzten Schritt zum Interessenausgleich beim Abbau von Personal (Vorruhestand) eine deutliche Personalreduzierung umgesetzt. Dann steht nicht mehr ausreichend Personal für einen Leistungsbetrieb zur Verfügung.

Das ist ja nicht irgendein beliebiges Personal. Das sind Lizenzträger – z.B. Reaktorfahrer und Schichtleiter – so etwas wie Piloten und Flugkapitäne, die besten Technologen der Welt. Es dauert drei Jahre, um einen Reaktorfahrer zu lizensieren und fünf Jahre nach abgeschlossenem Studium, um Schichtleiter zu werden. Auch die Ausbildungseinrichtung dieser Experten, das Simulator Zentrum KSG/GfS in Essen, wird abgewickelt. Jedes deutsche KKW hatte seinen eigenen Vollsimulator, Wunderwerke der Technik, ich habe sie selbst mitgebaut. Die KSG/GfS wird zum Jahresende liquidiert, viele Ausbilder sind schon weg, so dass eine

Ausbildung am Simulator zurzeit schon nicht mehr stattfinden kann.

Jetzt fällen sie den letzten Baum

Sie nannten es Fadenriss und haben systematisch viele Jahre daran gearbeitet. Sie haben die Kerntechnikforschung ausgetrocknet und die Lehrstühle für Kernenergetik durch Lehrstühle für Genderforschung ersetzt. Sie haben die Castortransporte von gebrauchtem Brennstoff verboten. Sie haben die Wiederaufbereitung von abgebranntem Uran, das noch 95 Prozent seiner Energie enthält, verboten. Sie haben die Kernenergie-Industrie, welche einst die besten und sichersten Kernkraftwerke herstellen konnte, vergrault und aus dem Land getrieben. Sie haben alle einflussreichen Posten in Ministerien und Behörden mit erbitterten Kernenergiegegnern besetzt. Sie haben die Betreiber der Kernkraftwerke mit Bürokratie zur Verzweiflung getrieben. Sie haben die Betreiber sogar unter Bruch der Verfassung enteignet. Zum Schluss haben sie sogar die Stromerzeugung aus Kernenergie verboten.

Um die Leute hinter die Fichte zu führen, hat eine gut geölte Propagandamaschine Angst vor der Kernkraft verbreitet. Schon die Kinder in der Schule wurden von kernkraftgegnertischen Lehrern indoktriniert. Die Medien konnten gar nicht genug frei erfundene Horrorzahlen an Kernenergieopfern verbreiten. Die Mietwissenschaftler erzeugten in Serie Schrott-Studien, die nachweisen sollten, dass in der Umgebung von Kernkraftwerken die Kinder sterben.

Sie haben so lange Anti-Atom-Propaganda betrieben, bis sie am Ende selbst daran glaubten und eine angstneurotische Bundeskanzlerin nach einem Tsunami in Japan mit schwerer Beschädigung eines an der Küste gelegenen Kernkraftwerks per Telefon gegen jedes Recht acht Kernkraftwerke stilllegen ließ und sich den endgültigen Maschinensturm auf die Kernenergie von ein paar willfährigen Bischöfen, Politikwissenschaftlern und ehemaligen Funktionären, genannt „Ethikkommission“, bestätigen ließ. Die Gefahr eines Tsunami in der norddeutschen Tiefebene oder im bayerischen Waldshut konnte so gebannt werden.

Die Grünen haben jahrzehntelang getönt: *„Erst wenn der letzte Baum gerodet, der letzte Fluss vergiftet, der letzte Fisch gefangen ist, werdet ihr merken, dass man Geld nicht essen kann.“* Jetzt fällen sie den letzten Baum mit voller Absicht und im Bewusstsein der Folgen. Und nach dem ersten Blackout wird gesagt werden: *„Erst wenn das letzte Kraftwerk verschrottet, die letzte Kohlegrube geflutet, das millionste Windrad gebaut und der letzte Quadratmeter mit Solarpaneelen verstellt ist, merkten wir, dass der Strom nicht aus der Steckdose kam“.* Mit ISAR II fällen sie den letzten Baum. Die Geschichte der Osterinsel lässt grüßen, auch wenn diese nur ein Mythos war.

ISAR II darf nicht verschrottet werden

Ich möchte den Politikern zurufen: „Sie haben sich verrannt! Kehren Sie um! Hören Sie auf, die letzten Kernkraftwerke zu zerstören, bevor nicht der Ersatz für diese gebaut und funktionstüchtig ist! Was ist, wenn Ihre großen Pläne nicht funktionieren?“

Aber ganz offensichtlich wollen die Politiker den Fachleuten nicht zuhören. Alle Parteien, außer der AfD haben wieder und wieder gegen die Rettung der Kernkraftwerke inmitten der größten Energiekrise gestimmt. Auch CDU/CSU und FDP, obwohl sie es schon vergessen zu haben scheinen. Sie wollen zumindest nicht mehr daran erinnert werden, weil ihnen jetzt langsam dämmert, wie verantwortungslos diese Energiepolitik ist. Jetzt, wo Physik und Ökonomie die Tür eintreten, drohen ganz offensichtlich schwere Konsequenzen. Jetzt, wo es zu spät ist, sagen sie das exakte Gegenteil von dem, was noch vor einem Jahr ihre Politik war.

Aber selbst heute finden meine Kollegen und ich keinen verantwortlichen Politiker außerhalb der AfD, der auch nur bereit wäre, uns einmal zuzuhören. Wir haben es versucht. Wir haben Bücher und Artikel geschrieben, auf Konferenzen vorgetragen, die daraufhin von Politikern und ihren Tastaturbücklingen umgehend als rechts diffamiert wurden, als gäbe es so etwas, wie eine rechte Stromerzeugung. Wir haben uns als Gutachter in Landtagen und im Bundestag abqualifizieren und verunglimpfen lassen. Ein Professor Sinn, ein Professor Vahrenholt und viele brave Ingenieure – Fachleute, die sich viel bequemer und einträglicher in ihrem Beruf oder in ihrer Pension tummeln könnten – haben es versucht, immer und immer wieder. Politiker sind absolut beratungsresistent. Sie antworten: „*Das bringt keine Wählerstimmen*“ oder „*Das fordert ja die falsche Partei*“, als ginge es bei der Stromerzeugung um Parteienpolitik oder Wahlen und nicht um das Wohlergehen des ganzen Landes.

Sollte es einen interessierten Abgeordneten von CDU/CSU/SPD/FDP/Grünen und Linken im Bundestag geben, darf er gern mit mir oder einem Kollegen Kontakt aufnehmen.

Der endgültige Fadenriss droht

Warum wohl betreiben die Holländer das mit 500 Megawatt sicherlich nicht gerade am wirtschaftlichsten arbeitende KKW Borssele weiter? Um den Fadenriss zu vermeiden. Nun zahlt es sich aus. Sie haben beschlossen, neue KKW's zu bauen und werden dies auch können.

Wenn das letzte Kernkraftwerk fällt, fällt die ganze Nukleartechnologie, und der Fadenriss ist komplett. Weil mit dem letzten Kernkraftwerk eine ganze Infrastruktur den Bach runtergeht.

Die Behörden werden verlernen, Kernkraftwerksaufsicht zu führen.

Die Betreiber werden verlernen, Kernkraftwerke zu betreiben und zu managen. Die Management-Systeme beim Betrieb eines Kernkraftwerkes sind genauso komplex wie die Kernenergietechnologie.

Die Fach- und Hochschulen werden verlernen, Kernenergetiker und Kerntechnikingenieure auszubilden, und es wird auch keine jungen Menschen mehr geben, die einen einschlägigen Ausbildungsweg einschlagen. Auch die Spezialausbildungsstätten wie KSG/GfS wird es nicht mehr geben.

Die Herstellerfirmen und die auf Kerntechnikinstandhaltung ausgerichteten Firmen werden sich anderweitig orientieren und verlernen, Kernkraftwerke und ihre Teile zu konstruieren und zu bauen oder instandzuhalten.

Das Land wird den Anschluss an die internationale Entwicklung dieser Technologie verlieren, weil es niemanden mehr gibt, der sich darum kümmert. Und Politiker können so etwas nicht, nicht einmal organisieren.

Das Verlernen hat schon eingesetzt und wird mit höchster Geschwindigkeit voranschreiten, so dass Deutschland in weniger als drei Jahren auf den Stand eines kerntechnischen Entwicklungslandes zurückfällt. Das geschieht so schnell, weil die noch vorhandenen Fachleute sich umgehend anders orientieren müssen oder ins Ausland abwandern – so wie ich. Aber ich habe den Verdacht, dass dies von den Politikern genau so beabsichtigt ist. Sie wollen mit voller Absicht dem Land eine Rückkehr in diese Technologie so schwierig wie möglich machen. Was aber ist, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass der Ausstieg aus der Kernenergie und die Zerstörung von 25 Prozent der Stromerzeugungskapazität ein gigantischer Fehler war?

Wenn ISAR II rückgebaut – was ja nur ein Euphemismus für zerstört ist – hat sich Deutschland für die nächsten 25 Jahre aus der Kernenergie verabschiedet, egal was auf der Welt und in Deutschland passiert. Dann gibt es in absehbarer Zeit kein Zurück mehr. Dann kann Deutschland höchstens noch die USA, Südkorea, Japan oder Russland dafür bezahlen, dass sie Kernkraftwerke in Deutschland bauen und betreiben. Aber vielleicht ist ja auch das die Absicht.

Noch ist ISAR II nicht verloren

Politiker sollten sich fragen, ob sie wirklich diese Verantwortung zu tragen bereit sind. Man hat schon ganz andere Leute zur Verantwortung gezogen. Oder ob es nicht vielleicht besser wäre, dem Betreiber von ISAR II drei Milliarden Euro zu geben, um wenigstens die Zerstörung und Unbrauchbarmachung des letzten deutschen Kernkraftwerkes zu stoppen. Damit ließe sich vielleicht das Management des Betreibers umstimmen. Die Regierung hat ja dieses und noch viel mehr Geld auch gern mal für andere Länder zur Verfügung.

Man könnte es mit diesem Geld vielleicht sogar erreichen, das Kraftwerk

innerhalb von drei Jahren wieder anzufahren, allerdings nur, wenn der Betreiber eine 10-jährige Laufzeitverlängerung garantiert bekommt. Doch vielleicht reichten diese zehn Jahre ja, um neue KKW oder gar welche der Generation IV zu installieren.

Man könnte auch, statt Radwege in Peru zu finanzieren, das Radweg-Geld den Ingenieuren des Dual-Fluid-Reaktors anbieten, um sie aus Kanada, Polen und Ruanda zurück nach Deutschland zu locken.

Aber ich träume wohl. Das würde ja vielleicht keine Wählerstimmen bringen und sogar Wasser auf die Mühlen der Falschen leiten. Also „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ mit Honeckerscher Gründlichkeit.

Der Beitrag erschien zuerst auf ACHGUT hier

Alles nur heiße Luft (Teil 2) – Nachlese zur Weltklimakonferenz (COP 28) in Dubai

geschrieben von Admin | 23. Januar 2024

Prof. Dr. Klaus-Dieter Döhler

Während deutsche Ministerinnen beim 28. Weltklimagipfel (COP28) in Dubai großzügig Geldgeschenke verteilen, geht es mit der deutschen Wirtschaft rapide bergab, wie die vielen Unternehmensinsolvenzen zeigen. Täglich finden sich in der jüngeren deutschen Presse Überschriften wie diese: „Höchste Zahl an Insolvenzen seit sieben Jahren“, „Zahl der Firmenpleiten steigt weiter“, „Römertopf geht ins Ausland“, „Wirtschaft sieht sich abgehängt“, „Gerry Weber schließt 122 Filialen“, „Große Pleiten sind zurück“, „Papierfabrik in Plattling geschlossen – 500 Arbeitsplätze verloren“, „Beim Modernisierungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Anlagevermögens ist Deutschland Schlusslicht“, „G7: Kein reales Wachstum in Deutschland gegenüber vor Pandemie“, „Deutsche Industrieproduktion seit fünf Monaten auf Talfahrt – kein Ende in Sicht“, oder „Deutsche Industrieproduktion wahrscheinlich bald vor neuem Absturz“. Die Presse ist in jüngster Zeit voll von solchen Schreckensmeldungen

<https://blackout-news.de/aktuelles/deutsche-industrieproduktion-seit-fue-nf-monaten-auf-talfahrt-kein-ende-in-sicht/>).

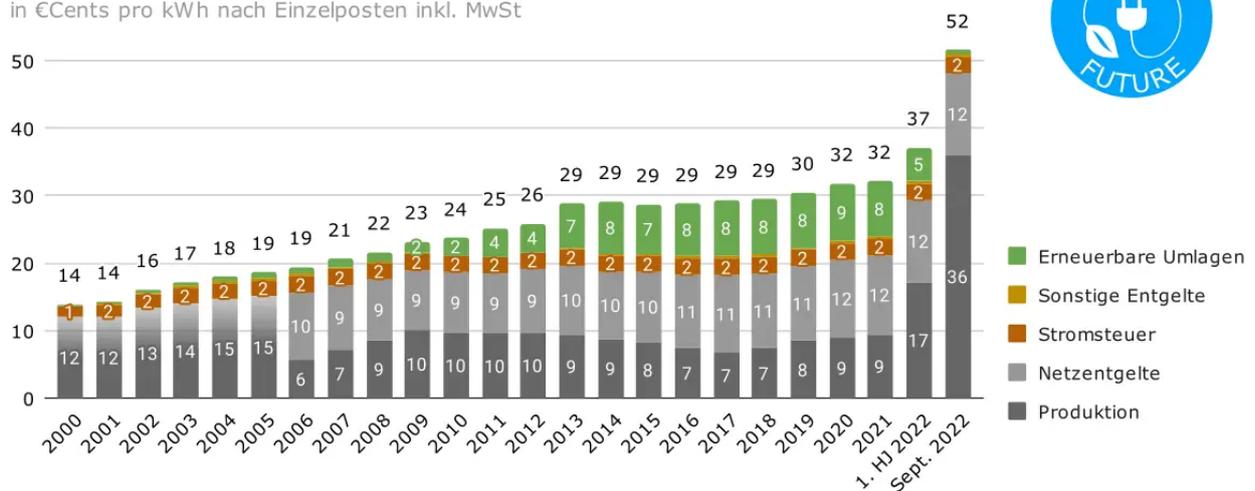
Um die völlige De-Industrialisierung Deutschlands zu verhindern, schlägt Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger sinnvoller Weise vor, auf alle Klimavorgaben zu verzichten

(<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/arbeitgeber-fachkraefte-klimaziele-wirtschaft-100.html>). Recht hat er! Deutschlands bekanntester und angesehenster Ökonom, Hans-Werner Sinn meint: „Wir machen Wirtschaft und Wohlstand kaputt: Die Energiewende ist verwegen und absurd und führt Deutschland ins Desaster“ (<https://www.youtube.com/watch?v=2actqkLFpuc>).

Woran liegt es, dass Deutschland beim Wachstum nicht mithalten kann? Zum einen liegt es an den höchsten Strom- und Energiekosten weltweit (<https://www.verivox.de/strom/verbraucheratlas/strompreise-weltweit/>). Die Strompreise für Haushalte in Deutschland (Abbildung 1) sind von 2000 bis 2020 um mehr als 400% gestiegen (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/914784/umfrage/entwicklung-der-strompreise-in-deutschland-verivox-verbraucherpreisindex/>). Weitere Steigerungen sind aufgrund der Erhöhung der CO₂-Emissionsabgaben bereits beschlossen.

Strompreisentwicklung für deutsche Endverbraucher

in €Cents pro kWh nach Einzelposten inkl. MwSt



bis 2006 keine Trennung von Produktion und Netzentgelt

Quellen: bis 1. HJ 2022 - BDEW (2022), September 2022 - Verivox (2022)



Abbildung 1: Strompreisentwicklung für Endverbraucher in Deutschland (Quellen: BDEW und Verivox)

Damit sind Deutschlands Unternehmen international nicht mehr konkurrenzfähig und die deutschen Vorzeigebereiche Autobau, Maschinenbau, Chemie und Pharma stürzen ab. Die deutschen Autobauer richteten ihre Strategie in den letzten Jahren wegen der verlockend hohen staatlichen Subventionen auf den Bau von Elektroautos und reduzierten – gezwungen durch politische Vorgaben – die Produktion von Verbrennern. Die bis Ende 2022 absurd hohen Subventionierungen von Elektrofahrzeugen führten dazu, dass die Einsparung von einer Tonne CO₂ auf diese Weise zwischen zweitausend und viertausend Euro kostete, errechnete der Magdeburger Ökonom Joachim Weimann in einer Stellungnahme zum Klimaschutzgesetz. Im Europäischen CO₂-Emissionshandel liegt der Preis derzeit bei achtzig Euro pro Tonne. 80 Euro oder bis zu 4.000 Euro

– die Differenz zahlt der deutsche Steuerzahler. Dem Klima ist das egal und wer klimapolitisch etwas auf sich hält, der redet nicht gern über Kosten, meint die ehemalige Bundesministerin Kristina Schröder (Welt am Sonntag, 24.12.2023).

Wegen der hohen Herstellungskosten und der vielen anderen Nachteile geht das Geschäft mit den Elektroautos aber seit dem Auslaufen der Subventionen stark zurück, denn Elektroautos kosten derzeit noch deutlich mehr in der Herstellung als Verbrenner. Dies führt zu durchschnittlich höheren Verkaufspreisen, die sich viele nicht leisten können. Selbst die Aktien des hochgelobten chinesischen Elektroauto-Herstellers BYD stürzten innerhalb der letzten beiden Novemberwochen um 20 % ab.

Ein weiterer Nachteil: gebrauchte E-Autos verlieren sechsmal schneller an Wiederverkaufswert als Verbrenner (<https://www.notebookcheck.com/Gebrauchte-E-Autos-verlieren-sechsmal-schneller-an-Wiederverkaufswert-trotz-Preissenkungen-von-Tesla-und-gleichbleibender-Batteriekapazitaet.786919.0.html>). Tatsächlich dampfen gerade Autovermieter ihre Elektroauto-Pläne ein – unter anderem wegen schlechter Restwerte (https://www.focus.de/auto/news/sixt-schmeisst-tesla-raus-jetzt-erreicht-das-elektroauto-desaster-sogar-die-autovermieter_id_259519047.html).

Bei Elektroautos geht es nicht nur um die höheren Preise, sondern auch um die Kälte-Empfindlichkeit der Batterien und ihre erhöhte Brandgefahr (<https://www.autobild.de/artikel/elektroauto-geht-vom-e-auto-eine-erhoehte-brandgefahr-aus-18793633.html>). So legte kürzlich die Kälte in Oslo brandneue Elektrobusse im Wert von 100 Millionen Euro lahm (<https://www.bild.de/ratgeber/2023/ratgeber/zu-kalt-fuer-die-akkus-brand-neue-elektro-busse-in-oslo-lahmgelegt-86368312.bild.html>).

Carlos Tavares, Boss von Stellantis, einem der größten Automobilkonzerne der Welt, sieht das kommende Verbrenner-Neuzulassungsverbot ab 2035 in der EU sehr kritisch. Das würde nämlich der „*hart arbeitenden Mittelklasse*“ schaden, die bezahlbare Fahrzeuge braucht, um überhaupt zur Arbeit zu kommen. Aber wenn man immer stärker die Nutzung ihrer Vehikel unterbindet, während sich Betroffene keine Elektroautos leisten können, beraubt man sie ihres Rechts auf freie, individuelle Mobilität. In Deutschland, Frankreich oder Portugal riskiere man dann „Revolten“. Das britische Parlament hat gerade die Notbremse gezogen und hat das vorgesehene Gesetz zum Verbot von Verbrenner Autos abgelehnt (<https://mailchi.mp/f6c9c049610e/sunak-suffers-large-rebellion-against-the-zev-mandate?e=6f7e02b469>).

Auch die Aktien der deutschen Chemie stürzten seit Anfang 2023 deutlich ab. So schrieben die „Deutsche Wirtschaftsnachrichten“ am 6.12.2023 „*Die deutsche Chemie-Industrie ist ein Übernahme-Kandidat*“ (<https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/706297/die-deutsche-chemie-industrie-ist-ein-uebernahme-kandidat>).

Im Verlauf mehrerer Legislaturperioden haben somit deutsche Regierungen verlässlichen Strom und Energie aus Kern- und Kohlekraftwerken ersetzt durch unzuverlässigen „Zappelstrom“ aus Wind- und Solaranlagen. Damit trieben sie die Strompreise in die Höhe und die De-Industrialisierung der traditionell gut florierenden deutschen Wirtschaft voran. Ziel war eigentlich die Vollversorgung auf Basis von Wind- und Solarkraft bis 2035. Viele Studien von Experten ohne staatlichen Auftrag weisen seit langem daraufhin, dass dieser Plan nicht aufgehen kann. Die Ergebnisse solcher Studien bleiben unbekannt, weil sie ohne die mediale Power von Regierung und Klima-NGOs kaum Chance auf Verbreitung haben. Auch eine umfangreiche Studie aus dem April 2023 bestätigt, dass dieser Plan nicht aufgehen kann und widerlegt damit das Versprechen auf künftig viel billigere Energie

(https://e-vc.org/wp-content/uploads/e.venture_Strommarkt-2040_Versand.pdf).

So ist es nicht verwunderlich, dass einige Staaten, Unternehmen, Banken und Investoren damit beginnen, sich aus der Klima-Hysterie zurückzuziehen. Weitere werden mit Gewissheit folgen, denn viele Investoren sehen mittlerweile ein, dass man viel Geld in den Sand setzen kann, wenn man versucht, sich den Naturgesetzen zu widersetzen.

Auch die Bevölkerung traut den Behauptungen der staatlich kontrollierten Wissenschaft nicht mehr und beginnt, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. In Deutschland sieht man dies am Rückgang des Vertrauens in die Partei der Grünen und in die SPD sowie am Zuwachs bei der AfD, der einzigen Partei in Deutschland, die den „menschengemachten Klimawandel“ in Frage stellt. In mehreren Ländern wurden in letzter Zeit Parteien und Regierungen gewählt, die öffentlich der „Netto Null“ Hysterie (bis 2050 soll der Zuwachs an CO₂-Emissionen bei Null liegen) entgegentreten. Den Menschen ist ihr Verhältnis zum Klimawandel keineswegs gleichgültig. Aber sie nutzen bei diesem Thema mehr und mehr ihren gesunden Menschenverstand. Zwischen den atmosphärischen CO₂-Konzentrationen und der Erdtemperatur besteht nun mal kein kausaler Zusammenhang. Die Menschen beginnen sich zu fragen, warum sollte man für die Hemmung von CO₂-Emissionen Billionen von Euro ausgeben, angeblich um die Erderwärmung zu hemmen, wo doch zwischen CO₂ und Erderwärmung überhaupt keine Kausalität besteht?

Bei Nutzung ihres eigenen Gehirns erkennen immer mehr Menschen, wie unplausibel das Narrativ ist, der Mensch sei für den Klimawandel verantwortlich, aber Sonne und Wolken hätten damit nichts oder nur ganz wenig zu tun. Dass dieses Narrativ unmöglich stimmen kann, wird auch dadurch verdeutlicht, dass sich nicht nur die Erde, sondern auch die übrigen Planeten des Sonnensystems erwärmen

(<http://www.gaebler.info/f/Klimawandel,%20der%20Mensch%20und%20das%20Sonnensystem.pdf>). Die Menschen erkennen mittlerweile, dass sie in Hinsicht auf Klimawandel und Energiewende jahrelang von Regierung, regierungsabhängigen NGOs und Forschungsinstituten und von Lobbyisten und Aktivisten des „Klima-Industriellen Komplexes“ an der Nase

herumgeführt wurden. Als Ergebnis dieser Erkenntnis sehen wir auch international den Absturz links-grüner Parteien bei kürzlich erfolgten Wahlen.

Auch die Allianzen zwischen Medien und Klimabewegung (<https://axelbojanowski.substack.com/p/gruener-journalismus-kritik-klima-debatte>) beginnen zu bröckeln (https://axelbojanowski.substack.com/p/klimakatastrophe-und-klimaforschung-in-medien?utm_source=substack&utm_medium=email&utm_campaign=email-restack-comment&r=a0hg0). „Aufstand gegen den GREEN DEAL“ betitelte die Welt am Sonntag am 10.12.2023 einen Artikel. Im Zentrum steht die Frage nach der Balance, nach Maß und Mitte: Geht die EU beim Klimaschutz zu weit und vernachlässigt die Wirtschaft? Viele sehen die Wettbewerbsfähigkeit der Staatengemeinschaft in Gefahr. Weltkonzerne, Mittelständler, Landwirte, alle klagen über zu viele Öko-Regeln aus Brüssel. Und einige haben schon angekündigt, Europa zu verlassen und lieber in Amerika zu investieren.

Auch die Klimabewegung verlor in diesem Jahr an Ansehen und an Einfluss. Die „Klimakleber“ der „Letzten Generation“ wurden gar zu deutschen Hassfiguren. Zwei Staatsanwaltschaften hegen sogar den Verdacht einer kriminellen Vereinigung. In Umfragen lehnten Ende 2023 achtzig Prozent der Deutschen die Proteste der letzten Generation ab. Selbst „Klimaikone“ Greta Thunberg, die Vertreter unserer Kirchen bereits mit Jesus Christus verglichen (<https://www.evangelisch.de/inhalte/155887/13-04-2019/bischof-koch-vergleicht-greta-mit-jesus>), hat sich mit ihrem offen gezeigten Antisemitismus ins Abseits manövriert.

Der Rückzug von Unternehmen, Banken und Investoren aus dem teuren, hoch-riskanten und wenig Erfolg versprechenden Geschäft mit angeblich „Erneuerbaren“ (Anmerkung: Wind, der einmal in Energie umgewandelt wurde, ist ein für alle Mal weg und ist nicht erneuerbar), aber völlig unzuverlässigen Energien führt als Konsequenz dazu, dass auch die Aktien von Unternehmen der Wind- und Solarbranche abstürzen. Investoren haben die „Erneuerbaren“ als Verlustgeschäft erkannt. Der Windradbauer Siemens Energy bekam von der Bundesregierung Milliarden-Garantien, macht aber dennoch weiter hohe Verluste (<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/siemens-energy-gamesa-windkraft-garantien-1.6303753>). Die Aktien von Siemens Energy stürzten innerhalb von 4 Monaten um die Hälfte ab.

Markbygden in Schweden, der größte Onshore-Windradpark Europas steht vor der Pleite. Auf einer Fläche von 450 Quadratkilometern wollte Schweden im Windpark Markbygden bis 2026 rund 1100 Windkraftwerke bauen. Doch nun droht das Projekt zu scheitern. Der Grund: Windstille und technische Probleme (https://www.achgut.com/artikel/europas_mega_windpark_vor_der_insolvenz)

.

Chinesische Photovoltaikhersteller drosseln ihre Produktion und reduzieren die Preise weil die Verkäufe von Photovoltaikanlagen zurückgehen

(www.pv-magazine.de/2023/12/08/chinesische-modulpreise-rutschen-auf-neues-rekordtief-photovoltaik-hersteller-drosseln-produktion).

Immer weniger Investoren sind bereit, in das Hochrisikogeschäft mit „Erneuerbaren“ zu investieren. Auch Banken beginnen, aus dem Verlustgeschäft der „Erneuerbaren“ auszusteigen

(<https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/banken-vier-europaeische-grossbanken-treten-aus-globaler-klimainitiative-aus/100001759.html>). Nach Angabe des Finanzanalyse Unternehmens Morningstar sind die vierteljährlichen Zuflüsse in „nachhaltige“ Publikumsfonds global von 184 Milliarden Dollar im 4. Quartal 2021 auf weniger als 14 Milliarden Dollar im 3. Quartal 2023 gefallen. Seit Ende 2021 ist eine Anlage in die „nachhaltige“ Version des Welt-Aktienindex MSCI-World im Preis um 1 Prozent gefallen, wohingegen eine Anlage in den Öl- und Gasbereich des Index im Preis um 43 Prozent gestiegen ist. Jetzt werden private Investoren dringend gesucht, denn das deutsche Verfassungsgericht hat dem sinnlosen Verpulvern von Steuergeldern durch die deutsche Regierung einen Riegel vorgeschoben.

Seit Monaten fleht Markus Gürne, Kommentator der ARD-Sendung „Wirtschaft vor Acht“, es mögen doch bitte mehr private Investoren dabei helfen, „Erneuerbare“ zu finanzieren. Es gäbe dabei große Chancen, Geld zu verdienen. Dass dies keineswegs so ist, haben mittlerweile neben den Banken und den institutionellen Anlegern auch die Privatinvestoren erkannt. **Investoren mögen nun mal keine Verluste auf Dauer!** Sie beginnen immer stärker, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. Der beste Beweis dafür sind die deutlich rückläufigen Aktienkurse von Unternehmen aus dem Bereich der sogenannten „Erneuerbaren“ Energien. Benny Peiser, der Direktor der „Global Warming Policy Foundation“ sagte in einer Diskussionsrunde vor Kurzem: *„Das Zeitalter der Klimahysterie ist vorbei“*. Wirtschaft und Investoren wenden sich ab von der deutschen Klima- und Energiepolitik, aber sowohl die deutsche Bundesregierung und die von ihr gesponserten NGOs, als auch viele der Teilnehmer am COP28 haben das noch nicht bemerkt.

An Heiligabend 2023 wurde mehr Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt, als insgesamt verbraucht wurde. Auf dem Strommarkt hatte der Überschuss Auswirkungen, die den Investoren nicht gefallen dürften: 38 Stunden lang – vom 24. Dezember um 0 Uhr bis zum 25. Dezember um 14 Uhr – wurden am Spotmarkt durchgängig negative Preise gezahlt. Wenn negative Preise auftreten, müssen Käufer für den Strom nicht bezahlen, sondern werden von den Herstellern von Windkraftstrom dafür bezahlt, dass sie Strom abnehmen

(<https://m.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/strompreise-s-tuerzen-heiligabend-ins-negative-19407118.html>). Je mehr Windkraftanlagen gebaut werden, umso riskanter wird das Verlustgeschäft für jeden einzelnen Investor.

Noch etwas, das Windkraft-Investoren vielfach nicht berücksichtigen: Der Wald wird durch Windkraft-Anlagen massiv und dauerhaft (Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte) geschädigt. Hierdurch müssen Waldeigentümer bei Pachtende mit erschreckend hohen Risiken in Hinsicht auf die Rückbaukosten rechnen (<https://www.tichyseinblick.de/gastbeitrag/windraeder-wald-risiken-waldeigentuemmer-windkraftanlagen-wka/amp>).

Die geplatzten Reisepläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck zum COP 28 nach Dubai stehen dabei sinnbildhaft für die Misere, die deutsche Klimapolitiker wie Habeck angerichtet haben. Versprochen wurden den Bürgern mit der sogenannten Energiewende blühende Landschaften: rotierende Windräder, sauberer Sonnenstrom und intelligente Stromnetze. Kosten sollte das die Deutschen nicht mehr als eine Kugel Eis. Das jedenfalls hatte einer von Habecks Parteifreunden, Jürgen Trittin, einmal in Aussicht gestellt.

Joana Cotar, fraktionslose Abgeordnete, sagte im Plenum des deutschen Bundestags: *„Es wird teuer für die Bürger! Schon jetzt wissen wir, die Mehrwertsteuer in der Gastronomie wird 2024 erhöht, der CO₂-Preis wird erhöht, die Maut wird nicht nur erhöht, sondern ausgeweitet, die Zusatzbeiträge zu den Krankenkassen steigen, die Mehrwertsteuer für Gas steigt, die Netzentgelte werden erhöht usw. Die Regierung gibt 200 Millionen Euro für die Umsetzung der nationalen Klimaziele Kolumbiens aus, 184 Millionen für die Korruptionsbekämpfung in Serbien, 100 Millionen für eine sozial gerechte Energiewende im Senegal, 315 Millionen für Busse und Radwege in Peru, 85 Millionen für die Einführung einer flächendeckenden Krankenversicherung in Tansania, 4 Milliarden für grüne Energie in Afrika. Meinen Sie nicht, dass es hier mal an der Zeit ist, Abstriche zu machen und die eigene Bevölkerung an erste Stelle zu setzen? Überdenken Sie die Entwicklungshilfe für Indien! Die fliegen zum Mond“.*

Nun endlich stoppt die Bundesregierung auch Förderprogramme für „Klimaschutzmaßnahmen“, nicht aus Weitsicht sondern aus Geldmangel (<https://www.deutschlandfunk.de/bund-stoppt-foerderprogramme-fuer-klimaschutz-massnahmen-100.html>). Beim Weltklimagipfel in Dubai, jedoch, zeigte sich die Bundesregierung sehr spendabel und gab schnell mal 100 Millionen in einen Fördertopf ohne Boden. Und Annalena Baerbock legte zum Ende des Klimagipfels noch weitere 60 Millionen obendrauf. Für die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland aber steigen die Preise für Strom und fürs Heizen und Tanken. Von der Wirtschaft und den privaten und institutionellen Investoren erwartet die Bundesregierung, dass diese sich weiterhin für die defizitären Klimaprojekte engagieren. Kein Investor, jedoch, investiert gerne in Projekte des Mittelalters oder – um es mit den Worten des COP28 Präsidenten Al Jaber auszudrücken – in den Bau von Wohnhöhlen. In einer Umfrage der Saarbrücker Zeitung lehnten übrigens 90% der Befragten ein Aus von Öl- und Gasheizungen ab 2024 ab.

Die Ampelkoalition wollte den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen. Doch die

Bundesnetzagentur hat nun die vorzeitige Stilllegung von Kohlekraftwerken untersagt. Die Entscheidung klingt wie ein Misstrauensvotum gegen die Kraftwerksstrategie der Bundesregierung (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus249179614/Verbot-der-Stilllegung-Bundesnetzagentur-ueberrascht-mit-Veto-gegen-Kohleausstieg.html>).

Gewinner der Klimahysterie ist zweifellos China (<https://www.thegwpf.org/publications/fossil-fuels-for-china-decarbonisation-for-everyone-else/>). China schaut seelenruhig zu wie sich die Länder des Westens im Namen der Energiewende de-industrialisieren – Deutschland mit Abstand vorne weg. Für die eigene Energieversorgung wählt China einen sinnvollen Energiemix aus Kohle, Kernkraft und „erneuerbaren“ Energien. Die übrige Welt hat sogar zugestimmt, dass China bis 2060 massenweise neue Kohle- und Kernkraftwerke baut. Bis 2060 werden die westlichen Länder pleite sein, falls nicht rechtzeitig vorher Vernunft eintritt. China steht dann als einzige Supermacht und als strahlender Gewinner da.

Weitere große Länder wie Indien, Brasilien, Saudi Arabien, Nigeria, China, Russland und Indonesien (<https://mailchi.mp/99f975d4b595/cop28-mugged-by-reality-climate-scientists-concede-defeat-199900?e=6f7e02b469>) haben bereits angekündigt, dass sie in Zukunft keineswegs auf die Förderung und Nutzung fossiler Energieträger verzichten werden und nicht bereit sind, sich einzig auf „regenerative“ Energien zu verlassen. Auch die USA werden wohl kaum auf die Förderung von Öl und Gas durch Fracking verzichten, egal was ein Weltklimagipfel auch immer beschließen möge. In vielen Ländern der Welt werden neue Kohlekraftwerke gebaut, entgegen der Intentionen des Weltklimagipfel von Paris 2015. Wenn Annalena Baerbock bei der Pressekonferenz tönt: *„Diese Klimakonferenz besiegelt de facto das Ende des fossilen Zeitalters“*, dann muss sich doch jeder mit einem gesunden Menschenverstand fragen: *„Auf welchem Planeten lebt diese Frau eigentlich?“* Die Kosten zum Erzielen von Netto Null CO₂ Emissionen sind für alle Länder viel zu hoch. So hat die Beratungsgesellschaft DeLoitte berechnet, dass zum Erreichen von „Netto Null“ bis zum Jahr 2050 global 200 Billionen US Dollar erforderlich wären. McKinsey & Co. errechneten gar 275 Billionen Dollar als erforderlich. Das ist etwa 2,6 mal das Bruttoinlandsprodukt der ganzen Welt für das Jahr 2023. (<https://www.forbes.com/sites/davidblackmon/2023/12/03/the-central-problem-for-cop28-where-will-all-this-money-come-from/?sh=8f4ac3a68d0d>).

Auch die Klimawissenschaft steht bei immer mehr Menschen im Verdacht, Gefälligkeitsergebnisse zu produzieren – sei es aus Überzeugung, sei es aus Konformismus oder aus Angst um den Verlust von Fördermitteln. So sagte der deutsche Klima-„Experte“ Mojib Latif bereits im Jahr 2000: *„Solche Winter mit Eis und Schnee werden wir künftig in unseren Breiten nicht mehr erleben.“* Seitdem gab es in unseren Breiten keinen einzigen Winter ohne Schnee und Eis!

Der ehemalige US-Vizepräsident Al Gore, der große Gewinner beim Verkauf

von CO₂-Emissionsrechten prophezeite im Jahr 2009: „Aufgrund der menschengemachten Klimaerwärmung wird der Nordpol bis zum Sommer 2013 Eis-frei sein“. Seit 10 Jahren soll seiner unmaßgeblichen „Experten“-Meinung nach der Nordpol eisfrei sein! Der Deutsche Wetterdienst hingegen berichtete von einer arktischen Meereisausdehnung von 8,16 Millionen km² im Juli 2023, also mitten im arktischen Sommer (https://dwd.de/DE/wetter/thema_des_tages/2023/9/11.html).

An den Gefälligkeitsaussagen dieser beiden „Klimaexperten“ und einiger weiterer „Klimaexperten“ auf ähnlich niedrigem Niveau orientiert unsere Bundesregierung noch immer ihre Klima- und Energiepolitik. Wenn als zweifelhaft wahrgenommene Erkenntnisse wiederum zur Grundlage für Einschränkungen und Belastungen durch politische Maßnahmen werden, erreicht die Akzeptanz ihre Grenzen. Investoren und Unternehmen beginnen, das Märchen vom CO₂-verursachten Klimawandel anzuzweifeln. Wirtschaft und Investoren befinden sich in einer Akzeptanzwende, aber unsere Regierung und die von ihr gesponserten NGOs haben das noch nicht bemerkt oder wollen es nicht bemerken.

Was beim COP 28 in Dubai abging könnte man vergleichen mit einem leeren Mehlsack. Der Mehlsack ist zwar leer, aber die Gläubigen der Klimakirche haben das noch nicht bemerkt, denn wenn man den leeren Mehlsack kräftig genug schüttelt, dann staubt er immer noch ein bisschen. Viel Lärm um nichts!

Nach langem hin- und her hat sich das COP28 auf einen gemeinsamen Schlussbericht geeinigt, aber dem Klima ist das egal, denn die Sonne scheint so wie sie will und nicht so wie es bei einem Weltklimagipfel oder in einer Kabinettsitzung der deutschen Bundesregierung beschlossen wird. Das COP28 ist zu Ende und die Medien werden das für sie so lukrative Weltuntergangsszenario weiterspinnen, aber immer weniger Leser werden ihnen glauben. Ob fossile Energieträger weiterhin Verwendung finden oder nicht, ob weiterhin CO₂ emittiert wird oder nicht, mit dem Klima hat dies alles nichts zu tun. Das Märchen, CO₂ sei für Klimaveränderungen verantwortlich, ist längst widerlegt (für Originalliteratur siehe <https://www.epochtimes.de/meinung/gastkommentar/co%E2%82%82-aus-atmosphaere-zu-entfernen-ist-sinn-und-zwecklos-a3574685.html>). Nur ganze 0,3% der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Klimawandel sind noch der Meinung, die Klimaerwärmung sei vom Menschen verursacht (Legates et al. 2013: <https://www.wmbriggs.com/public/Legates.etal.2015.pdf>).

Subventionen für die deutsche Solarindustrie – ein Resilienzbonus

geschrieben von Admin | 23. Januar 2024

Habeck will die Abwanderung der Solarindustrie verhindern – natürlich mit Geld, das allerdings fehlt. Es wird kaum wie bei der Windkraft gelingen, die Förderung als Dauersubvention zu installieren. Bald wird der Resilienzbonus aufgebraucht sein. Der Schweizer Solarhersteller Meyer Burger kündigt an, sein Werk im sächsischen Freiberg zu schließen.

Von Frank Hennig

Diese sprachliche Perle erreichte uns aus dem Haus des ministernden Philosophen Robert Habeck. Was sagt sie uns? Als Resilienz bezeichnet man die Widerstandsfähigkeit, das kann in psychologischer, soziologischer oder technisch-wirtschaftlicher Hinsicht gemeint sein. Wie kann es dafür einen Bonus geben?

Unsere Industrie hat an internationaler Wettbewerbsfähigkeit verloren, mehrere Standortnachteile lassen sich nicht mehr kompensieren. Sie ist der Konkurrenz aus China und anderen sich dynamisch entwickelnden Ländern ziemlich schutzlos ausgeliefert. Die heimische PV-Paneelproduktion ist im internationalen Vergleich kaum wettbewerbsfähig. Da hilft auch höhere Qualität wenig. Deutsche Produkte werden mit weniger Giftstoffen produziert, sie haben einen höheren Wirkungsgrad, auch deshalb sind sie teurer.

Nun möchte der Minister die schwächelnde deutsche Solarindustrie im Land halten oder sie sogar zurückholen. Es soll ein „Solarpaket“ geben, in dessen Rahmen Ausschreibungen stattfinden. Danach gibt es Geld, in welcher konkreten Form auch immer. Ursprünglich waren 1,3 Milliarden Euro vorgesehen, die werden es nun nach der gerichtlich bestätigten Haushaltsschummelei nicht werden. Länderbeteiligung wird erhofft, aber die Ministerpräsidenten sind, wie wir gerade an den Reaktionen auf die Proteste der Landwirte sehen, unsichere Kantonisten.

Branchenvertreter fordern eine solche Subventionierung schon länger, das wundert niemanden. Da die Erneuerbaren-Lobbyisten über direkten Draht Einfluss auf die Regierung nehmen können, folgt man dort weitgehend ihren Forderungen. Lobbyismus ist nicht verboten, Bestechlichkeit nicht nachweisbar. Man kann sich auch anders erkenntlich zeigen und politische Hilfe beispielsweise mit gut dotierten Posten entlohnen.

Gut versorgt

Die ehemalige saarländische grüne Umweltministerin Simone Peter ist heute Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE), Kerstin

Andreae, ehemalige grüne Bundestagsabgeordnete, ist heute Geschäftsführerin des Bundesverbandes der deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Der Bürochef von Annalena Baerbock, Titus Rebhan, wechselte zu RWE, sicherlich ohne Gehaltsverlust, aber mit sicherer Zukunft. Bei Agora wird künftig auch noch die eine oder andere gut dotierte Stelle frei sein. Man sollte also seine künftigen Ernährer pfleglich behandeln und seinen Wünschen nachkommen.

Nun sind Pilotausschreibungen für einen Resilienzbonus geplant, wozu aber noch Abstimmungen mit der EU nötig sind. Die ursprünglich geplanten 1,3 Milliarden Euro werden sich durch den sogenannten Haushaltskompromiss der Ampelregierung reduzieren, der nun wohl durch einen weiteren Kompromiss im Sinne des aktivistischen Try-and-error geändert werden wird.

Am Ende wird vermutlich Geld fließen. Die Lage der PV-Industrie in Deutschland bleibt angespannt, die goldenen Zeiten hoher EEG-Umlagen sind vorbei. PV-Produzent und Platzhirsch Meyer Burger spricht von Erwägungen zur Abwanderung in die USA. Nun machte der Schweizer Solarhersteller Meyer Burger bekannt, dass er die Schließung seines Werks im sächsischen Freiberg plant, wie *Bild* berichtet. Demnach könnte es bereits Anfang April 2024 zur Schließung der größten Solarmodulproduktion Europas kommen. 500 Mitarbeiter müssten jetzt um ihre Arbeitsplätze bangen.

Herr Habeck will natürlich nicht, dass die deutsche Solarindustrie ins Ausland abwandert und möchte das Problem – im Andenken an das System Merkel – mit Geld zuschütten, an dem es nun allerdings mangelt. Es wird kaum wie bei der Windkraft gelingen, die Förderung zu verstetigen und sie als Dauersubvention zu installieren. Bald wird der Resilienzbonus aufgebraucht sein, der Rückzug kommt nur später.

Schieflage im System

Dass auch hier die Energierevolution ihre Kinder frisst, ist leicht erkennbar. PV-Module energieintensiv bei gleichzeitig hohen Strompreisen zu produzieren, ist realwirtschaftlich schlecht möglich. So schrumpft neben der konventionellen Industrie auch die EE-Hersteller-Industrie. Dazu kommen die einsetzende Kannibalisierung und der nicht schritt haltende Netzausbau. Wer wird künftig bei netzgefährdendem Überangebot der „Erneuerbaren“ zuerst abgeschaltet: Windkraftanlagen oder PV-Großanlagen? Was tun mit PV-Anlagen, die die regionalen Netze überlasten?

Den Bauern sollen 900 Millionen Euro abgespart werden, die Systemkosten des Netzes betragen 2022 bereits 4,2 Milliarden Euro. Das schlechte Management der Energiewende basiert auf der Tatsache, dass die „Erneuerbaren“ regulatorisch immer noch im Streichelzoo stehen. Sie dürfen produzieren, so viel (oder so wenig) sie können, tragen aber

keinerlei Systemverantwortung und auch keine Kosten dafür.

Warum Strom produzieren und subventionieren, der später mitsamt Geld ins Ausland verschenkt werden muss? Die nahe liegendste Lösung wäre ein Ausbaumoratorium für Anlagen der Zufallsstromproduktion und deren überfällige Marktintegration.

Ein von der Wirklichkeit umzingelter Minister muss erkennen, dass die Energieversorgung kein soziales Konstrukt ist und per Akklamation umgebaut werden kann, sie nicht wie ein Geschlechtswechsel gegenüber dem Standesamt nur erklärt werden muss, sondern naturwissenschaftlich-technischen Regeln folgt. Diese Naturgesetze kann man wahlweise als postkolonial, heterodominiert oder ewiggestrig bezeichnen, sie lassen sich aber nicht ändern.

Die Wahrnehmung der Realitäten gehört nicht zu den Stärken dieser Bundesregierung (andere Stärken fallen mir im Moment auch nicht ein).

„Das Wachstum schreitet langsam voran, während der Weg zum Ruin schnell verläuft“, sagte Seneca und das gilt auch für heute. In nur zweieinhalb Jahren schaffte es die „Fortschrittskoalition“, dem Land und den Menschen nachhaltig zu schaden. Sicherlich führt der Krieg in der Ukraine zu krisenhaften Bedingungen, das rechtfertigt aber nicht die vorherigen und nachfolgenden Fehlentscheidungen. Putin zwingt uns nicht, aus der Kernkraft auszusteigen, Kohlekraftwerke stillzulegen und auf die Förderung heimischen Erdgases mit Hilfe moderner Technologien zu verzichten. Das alles ist hausgemacht.

Wer angesichts einer krisenhaften Lage der Energieversorgung eine Ausstiegsstrategie weiter fährt und so tut, als wäre nichts gewesen, als würde es irgendwie helfen, CO₂ zu verteuern, macht sich der fahrlässigen oder vorsätzlichen Schädigung des Landes schuldig.

Weder im Grundgesetz noch in den Amtseiden von Kanzler und Ministern ist von einer Großen Transformation oder einer Dekarbonisierung, geschweige denn von einem 1,5-Grad-Ziel die Rede. Der Text des Amtseides ist ein anderer. Aber die Amtsträger scheinen resilient gegenüber ihrem Eid.

**Alles nur heiße Luft (Teil 1) –
Nachlese zur Weltklimakonferenz (COP**

28) in Dubai –

geschrieben von Admin | 23. Januar 2024

Prof. Dr. Klaus-Dieter Döhler

Die Klima-Schickeria zog auch in diesem Jahr zur Weltklimakonferenz (COP 28) wieder in wärmere Gefilde, die Klima Erwärmung alleine reicht wohl noch nicht. Die Einen reisten in Privat-Jets, die Anderen mit Linienflügen zu ihrem alljährlichen Fantasie-Urlaub auf Kosten der Steuerzahler. In diesem Jahr rief die sogenannte Klimakonferenz – die mittlerweile 28. – ihre Gläubigen nach Dubai. Alle Medien-bekanntes „Weltretter“ waren auch diesmal wieder dabei – mit Ausnahme von Robert Habeck. Er musste sparen! Doch von den 100.000 Teilnehmern – ein Rekord – nahm nur ein Bruchteil an den Verhandlungen über Maßnahmen gegen die globale Erwärmung teil. Die meisten Tagungsteilnehmer gehörten zum „Klima-Industriellen Komplex“: Es sind Lobbyisten und Aktivisten, deren Schicksale an das Prosperieren der Klimaszene geknüpft sind (Axel Bojanowski; <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus248791260/UN-Klimakonferenz-COP28-in-Dubai-Das-Fest-der-Klima-Schickeria.html>).

Dabei wird es den Lobbyisten und Aktivisten völlig egal gewesen sein, ob die Klimaerwärmung, die wir seit 35 Jahren messen (<https://eike-klima-energie.eu/2023/11/12/der-klimawandel-begann-1988-mit-einem-temperatursprung/>) wirklich menschengemacht ist oder den Regeln der Tektonik, der Sonne und des Universums folgt (<http://www.gaebler.info/f/Klimawandel,%20der%20Mensch%20und%20das%20Sonensystem.pdf>). Hauptsache man bleibt im lukrativen Subventionsgeschäft.

Europa, die USA und der Generalsekretär der Vereinten Nationen waren angereist mit den Intentionen, den Öl- und Gas-fördernden Ländern die Lebensgrundlage zu entziehen, nämlich das Fördern von Öl und Gas. Den Staaten der 3. Welt wollten sie die Voraussetzungen für eine Industrialisierung – Kohle, Gas und Öl – vorenthalten. Das nennt sich **Energie-Kolonialismus!** Aber das ließen sich diese Länder nicht gefallen und so endete die COP 28 wie das Hornberger Schießen: die Öl- und Gas-fördernden Länder dürfen weiterhin Öl und Gas fördern und verkaufen und wenn es ihnen genehm ist, dürfen sie die Förderung auch reduzieren. Im Gegenzug wurden Europa und die USA darin bestärkt, ihre Landschaften mit noch mehr Wind- und Solaranlagen zu verschandeln. Eine typische Win-Win Situation (Vorsicht Satire)!

Auf den Nenner gebracht gab es somit für jeden oder jede etwas, womit er oder sie zu Hause prahlen konnte. Für die einen soll es in Zukunft mehr „erneuerbare“ Energie geben, für die anderen sollen die fossilen Energieträger auch weiterhin verwendet werden dürfen, aber in weiter Zukunft etwas weniger als bisher. Mit anderen Worten, es bleibt alles so wie es ist. Dennoch betrachtet jeder Regierungsvertreter die Beschlüsse

als seinen/ihren persönlichen Erfolg. Annalena Baerbock jubelte gar: „Diese Klimakonferenz besiegelt de facto den Ausstieg aus den fossilen Energien!“. Das sehen die Erdöl-fördernden Länder etwas anders! Auch die Klima-NGOs sehen das ganz anders und sind sauer. Sie hätten so gerne in Zukunft gehungert und gefroren und hätten so gerne wieder in Höhlen gelebt (Vorsicht Satire). Dieser Kelch ging glücklicherweise an uns vorbei. Aufgrund des zusätzlichen Flugverkehrs wurde eine große Menge CO₂ emittiert, das essentielle Lebensgas, welches von unserer Pflanzenwelt so bitter benötigt wird, um ihr Wachstum zu stützen, um ihre Sauerstoff- und Feuchtigkeit-spendenden Funktionen zu erfüllen und um Mensch und Tier mit Nahrung zu versorgen. So hatte die Konferenz doch noch etwas Gutes:

Ohne CO₂ gäbe es nämlich kein Leben auf der Erde!!!

„Das war schon ziemlich schaurig-merkwürdig, was sich in dieser Woche auf dieser sogenannten Weltklimakonferenz in Dubai abspielte: Mit vollen Steuergeldtaschen sind Ampel-Koalitionäre nach Dubai geflogen. Stolz wollten sie der staunenden Welt mit vollem Mund ein Deutschland ohne Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke präsentieren, das nur noch mit Windrädern und Solarzellen energieversorgt werden soll. Die anderen hörten schweigend zu. Sobald die Geldkoffer geleert und Hunderte von Millionen Steuer-Euros verteilt waren, tipten sie sich an die Stirn: Plemplem geworden, die Deutschen“

(<https://www.tichyseinblick.de/podcast/te-wecker-am-9-dezember-2023/amp>).

Bereits vor Beginn der Konferenz bekundete der Präsident des COP28, Sultan Al Jaber, es gäbe „keine wissenschaftlichen Erkenntnisse“, die darauf hindeuten, dass ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen notwendig sei, um die globale Erwärmung auf 1,5°C zu begrenzen (<https://www.theguardian.com/environment/2023/dec/03/back-into-caves-cop-28-president-dismisses-phase-out-of-fossil-fuels?ref=upstract.com>). Al Jaber sagte auch, ein Ausstieg aus fossilen Brennstoffen würde keine nachhaltige Entwicklung ermöglichen, „es sei denn, man will die Welt zurück in die Höhlen bringen“, also zurück in die Steinzeit.

So unbeliebt ich mich jetzt auch machen werde, aber Al Jaber hat Recht. Es gibt tatsächlich keine seriösen wissenschaftlichen Erkenntnisse, keine einzige wissenschaftlich anerkannte Studie, die einen Zusammenhang zwischen der Nutzung fossiler Energieträger und dem Klimawandel beweisen würde. Für einen solchen Beweis stiftete 2020 der österreichische Ingenieur Walter Hopferwieser aus Salzburg „100.000 Euro demjenigen, der ihm als Erster einen schlüssigen naturwissenschaftlichen Beweis vorlegt, dass das von uns Menschen freigesetzte CO₂ eine Klimaerwärmung bewirkt, die uns Menschen und unsere Erde nachhaltig schädigt“

(<https://www.yumpu.com/de/document/read/62822451/wem-nutzt-die-klimakrise>). Dieses Geld hat sich bislang noch niemand abgeholt!

Der Deutsche Wetterdienst (DWD) vertritt wie alle staatlich finanzierten Institute und Organisationen in Deutschland das Narrativ des CO₂-gesteuerten Klimawandels. Deshalb ist er wohl erhaben jeglichen Verdachts, seine Datenerhebungen entgegen dieses Narrativs zu manipulieren. Die staatlich unabhängige Wissenschaftlergruppe um Josef Kowatsch, dem deutschen Bürger mit den meisten Umweltpreisen für das Wirken im Natur- und Umweltschutz, hat bei genauer Analyse der DWD-Daten überraschendes festgestellt. Die aus den erhobenen Temperaturdaten des DWD errechneten Jahresmittelwerte unterlagen zwar starken Schwankungen von Jahr zu Jahr, lagen aber nach fast 100 Jahren noch genauso niedrig wie zu Beginn der Messungen im Jahr 1894. Während derselben Zeit, also seit Beginn der Industrialisierung Deutschlands, stiegen hingegen die CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre von 290 Parts per Million (ppm) auf 350 ppm im Jahre 1987. Damit widerlegen die Daten des Deutschen Wetterdienstes das eigene CO₂-gesteuerte Narrativ, das besagt, die erdnahen Temperaturen der Atmosphäre seien seit Beginn der Industrialisierung abhängig von den atmosphärischen CO₂-Konzentrationen kontinuierlich angestiegen. Eine Korrelation zwischen CO₂-Konzentrationen und Temperatur gab es nicht, geschweige denn eine Kausalität. 1988 gab es einen Temperatursprung um circa 1,5°C (für mögliche Erklärungen siehe <https://eike-klima-energie.eu/2023/12/08/wie-kann-es-sein-dass-der-deutsche-wetterdienst-dwd-sich-so-irrt-und-gegen-seine-eigenen-daten-argumentiert/>) und danach einen weiteren Anstieg der Temperaturen unter starken Schwankungen (Abbildung 1).

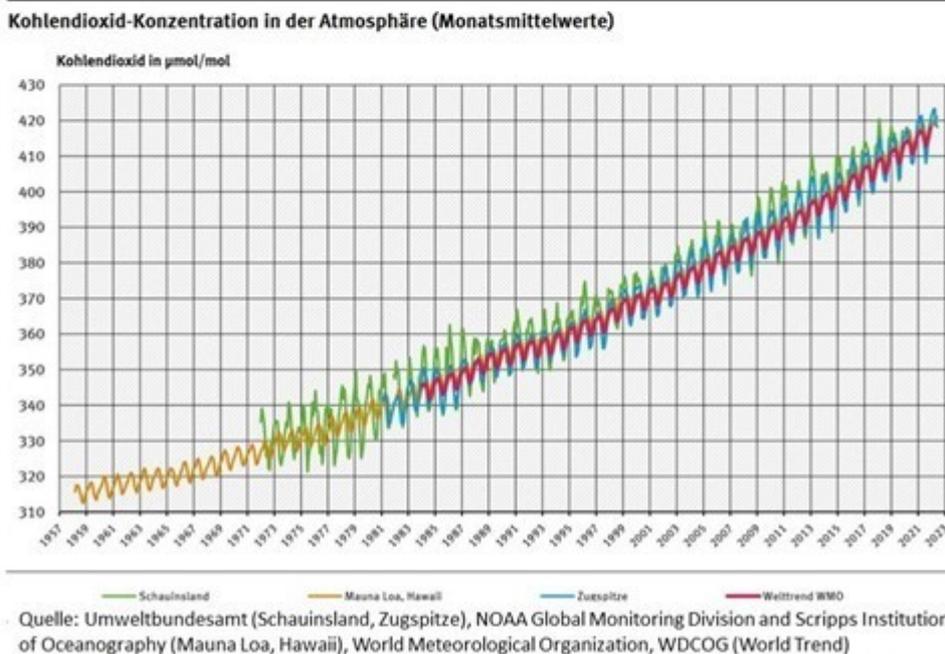
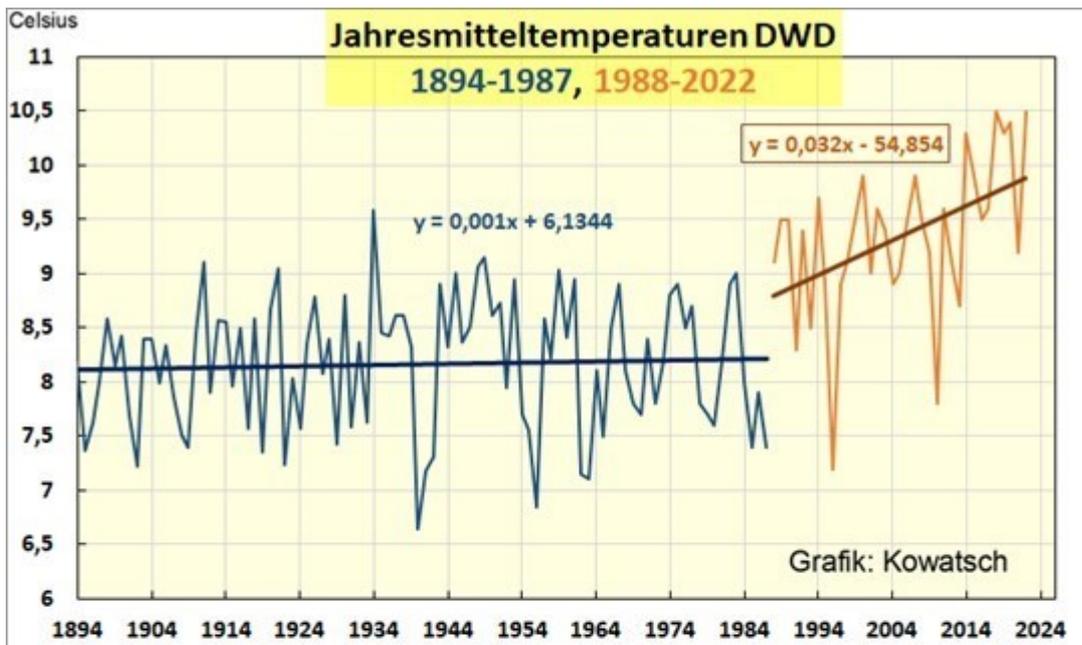


Abbildung 1: Jahresmitteltemperaturen von 1894 bis 2023 (oben), atmosphärische CO₂-Konzentrationen von 1958 bis 2023 (unten)
 (<https://eike-klima-energie.eu/2023/11/12/der-klimawandel-begann-1988-mit-einem-temperatursprung/>)

Während der gleichen Zeit als die Temperaturen in Deutschland anstiegen, nahmen die „Treibhausgas“-Emissionen in Deutschland deutlich ab (Abbildung 2). Gegenüber dem Jahr 1990 hat sich die emittierte Menge CO₂ um rund ein Drittel verringert. Ebenso nahm die Menge der produzierten CO₂-Emissionen pro Einwohner Deutschlands in den vergangenen 30 Jahren erkennbar ab. Die Emissionen von Methan (CH₄) und Distickstoffoxid (N₂O) nahmen sogar um zwei Drittel (CH₄) bzw. um mehr als die Hälfte ab (N₂O).

Trend der Emissionen von Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid

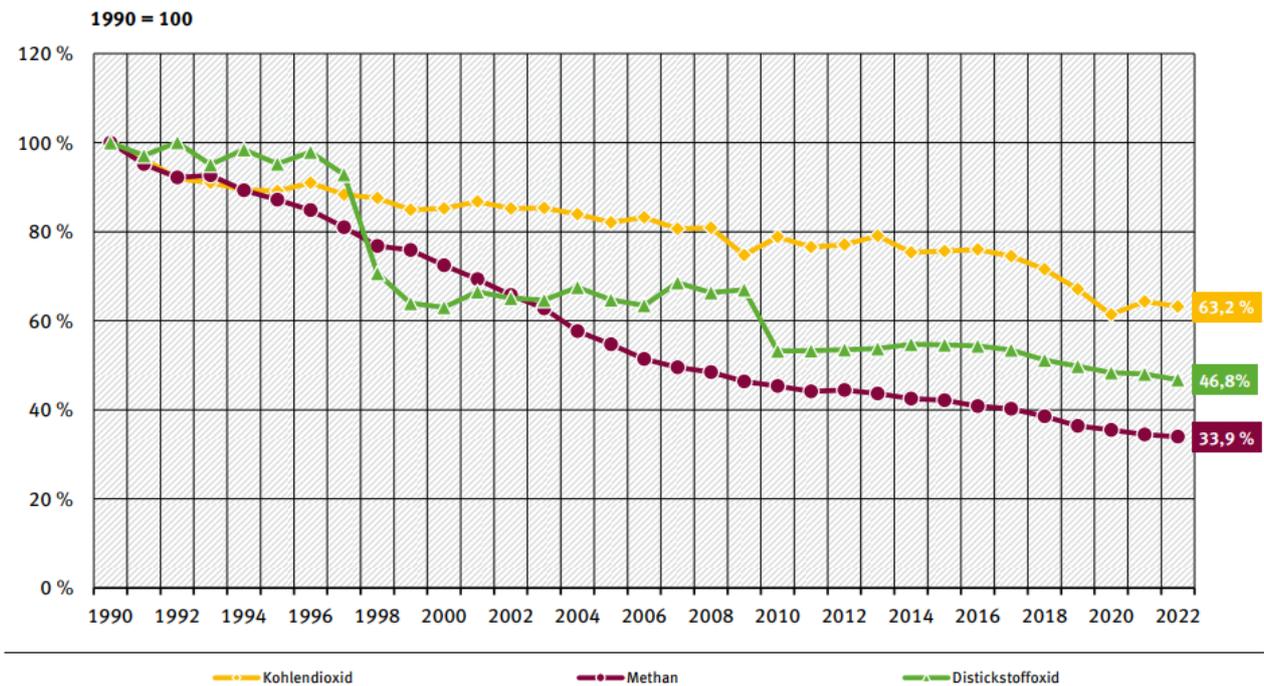


Abbildung 2: Die Emissionen von Kohlendioxid, Methan und Distickstoffoxid in Deutschland nahmen von 1990 bis 2022 deutlich ab (Umweltbundesamt).

Die Temperaturaufzeichnungen des Deutschen Wetterdienstes zeigen, dass die Behauptung, **CO₂ sei der allein bestimmende Temperaturerwärmungsfaktor falsch ist**. CO₂ kann nicht 100 Jahre lang nichts bewirken, dann einen Temperatursprung um 1,5°C innerhalb eines Jahres verursachen und plötzlich die Temperaturen unter starken Schwankungen weiter ansteigen lassen. Eine solche Fähigkeit von CO₂ widerspricht allen Naturgesetzen. Kein seriöser Wissenschaftler wird beim Vergleich der beiden Kurven in Abbildung 1 eine Kausalität zwischen CO₂ und Temperatur propagieren. Wer es dennoch tut muss andere Motive haben als wissenschaftliche! Auch bei dem Temperatursprung von 1987 auf 1988 spielt CO₂ überhaupt keine Rolle!

Trotz alledem tun die Jünger der „Klimakirche“ so als wäre der Mensch für das Klima verantwortlich und jetten wenigstens einmal im Jahr mit zehntausenden von Delegierten und Aktivisten in immer schnellerem Rhythmus zu Klima- und Umweltkonferenzen, um angeblich die Welt vor einer Klimakatastrophe zu retten. Diesmal nach Dubai, nächstes Jahr nach Aserbaidschan. Wir erinnern uns noch, wie die Medien und „Talk-Show Experten“ im August 2023 faselten, in Deutschland sei der Grundwasserspiegel wegen des Klimawandels bereits so weit abgesunken, dass er sich nie wieder erholen würde. Heute, gerade mal 4 Monate später steht der Grundwasserspiegel höher als jemals zuvor. Die CO₂-Werte der Luft hingegen, haben sich im Laufe dieser vier Monate kaum geändert.

Bei diesen Klima-Veranstaltungen und bei deren sinnlosen Versuchen, das Klima zu „retten“ ist Deutschland der große Verlierer. Um bei der „Weltrettung“ international die Vorreiter Rolle spielen zu dürfen legt die Bundesregierung im eigenen Land reibungslos funktionierende Industriezweige still und subventioniert stattdessen Energiezweige, die so teuer sind, dass sie niemals auf eigenen finanziellen Füßen stehen können. Bisher hat Deutschland etwa 1,5 Billionen (= 1.500.000.000.000) Euro in sogenannte Klimaschutzmaßnahmen investiert, finanziert über Inflation, höhere Energiepreise, EEG-Umlage, CO₂-Steuer und Ausgaben aus dem Staatshaushalt zu Lasten der Infrastruktur, der Verteidigung, der Bildung usw. Das sind knapp 80 Tausend Euro für einen 4-Personen Haushalt.

Nach Berechnungen von Thomas Metzel (Thomas Maetzel: Deutschland CO₂-frei – Daten und Fakten zur „Klimawende“, 5. Auflage mit Ergänzungen, 24.11.2023) müssen wir die erneuerbare Stromproduktion von 250 TWh p.a. auf 2400 TWh p.a. erhöhen und noch 8 Billionen € bis 2045 investieren, um „Net Zero“ zu erzielen, also den Punkt an welchem die atmosphärischen CO₂-Konzentrationen nicht weiter steigen.

Auch der dänische Volkswirtschaftler **Björn Lomborg** hat die **finanziellen Konsequenzen** der grünen Verzichtspolitik berechnet. Das Ergebnis: Die Kosten der deutschen Klimapolitik zwischen 2020 und 2050 belaufen sich auf etwa 12 Billionen Euro (<https://www.klima-diegrossetransformation.de/>).

Die Prognos AG hat im Auftrag der KfW bereits 2021 die grünen Finanzierungskosten nach Wirtschaftssektoren ermittelt. Dabei ist die atemberaubende Summe von 19,7 Billionen Euro (19.700.000.000.000, Neunzehntausendsiebenhundert Milliarden Euro) errechnet worden (<https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Green-Finance-und-Klimaneutralitaet.pdf?kfwnl=Research.07-10-2021.1286094>). In anderen Worten, jede in Deutschland lebende Person, einschließlich Babies, Kinder, Berufstätige und Rentner finanziert die deutsche Klimapolitik mit einer Summe von 250.000 Euro. Das sind 1 Million Euro für jeden 4-Personen Haushalt! Unsere Politiker haben den Kontakt zur Realität völlig aus den Augen verloren!

„Hinter ‚Klimaschutz‘ steht eine äußerst heterogene Interessensallianz: Ideologen, Wissenschaftsfanatiker, Finanzindustrielle, Oligarchen, Systemüberwinder, jakobinische Weltretter, Gutmenschen, Philantropen und Mystiker. Schlagzeilenverliebte Journalisten und ehrgeizige (auch gekaufte?) Wissenschaftler bilden den Humus für das notwendige Wachstum der ‚Klimakatastrophe‘. Und das Ganze wird dann noch vermischt mit archaischen Urängsten und Schuldkomplexen. ‚Klimaschutz‘ ist zu einer Allzweckwaffe geworden“ (Norbert Patzner: „Das Ende der liberalen Demokratie? Die Feinde der Freiheit haben die Klimakrise entdeckt“. Novem Verlag 2023. ISBN 978-3-99130-255-1).

Deutschland verspielt die Zukunft der jetzigen und der nachfolgenden Generationen. Dieses Geld wäre besser angelegt in Infrastruktur, Schulen (Pisa 2023 lässt grüßen!), Kindergärten, Krankenhäuser und in zukunftsweisende Industrieprojekte. Was könnte sich jeder für 250.000 Euro alles kaufen? Ein Haus für das Ehepaar, oder eine Wohnung für den Single?! Jedes der Kinder könnte sich selbst eine Ausbildung im Ausland finanzieren, wo Wissen und Wissenschaft noch ohne ideologische Scheuklappen vermittelt werden! Und vieles andere mehr!!!

Richard Tol, Professor für Klimawandel-Ökonomie und Gutachter für den Weltklimarat empfiehlt: *„Es ist wenig teurer, eine Strategie der Anpassung an den Klimawandel zu wählen, statt ihn durch drastische CO₂ Reduktion verhindern zu wollen.“* Laut UN-Schätzungen könnte man für die Hälfte der Kosten des Weltklimaprotokolls von Kyoto 1997 die schlimmsten Probleme der Welt dauerhaft lösen: Trinkwasser, Sanitärhygiene, Gesundheitsversorgung, Bildung. Investitionen also, die sofort Leben retten würden. Aber, solange die CO₂-Bilanz stimmt, sind uns Umwelt und Menschheit egal!!!

Nach Angaben des Entwicklungshilfe-Ministeriums hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr rund 6,3 Milliarden Euro Steuergeld an bedürftige Länder für CO₂-Minderungsprojekte und Anpassungsmaßnahmen überwiesen. Hinzu kamen noch mal knapp 3,54 Milliarden Euro an „Marktmitteln“, die den Entwicklungsländern über verbilligte Darlehen zur Verfügung gestellt wurden. Insgesamt beliefen sich die deutschen Klimahilfen im vergangenen Jahr auf 9,95 Milliarden Euro (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus248952208/Zahlmeister-des-Klimaschutzes-Deutschland-zahlt-weit-mehr-als-es-muesste.html>).

Mittlerweile geht es mit der deutschen Wirtschaft rapide bergab, wie die vielen Unternehmensinsolvenzen zeigen, über die die deutsche Presse täglich berichtet (siehe: EIKE: „Außer Spesen nichts gewesen“, Teil 2).